

Eidgenössisches Polizei- und Justizdepartement
Staatssekretariat für Migration SEM

Per Mail an
boiana.krantcheva@sem.admin.ch
sascha.finger@sem.admin.ch

Bern, 21.11.2019/TH
VL Abkommen UK
Zugang Arbeitsmarkt

**Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen begrüsst das Abkommen mit dem Vereinigten Königreich (UK) von Grossbritannien und Nordirland, das die Zulassung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zum gegenseitigen Arbeitsmarkt über den Wegfall des Freizügigkeitsabkommens hinaus garantiert, ausdrücklich.

Der Austritt von Grossbritannien aus der Europäischen Union wirkt sich in verschiedenen Bereichen auch auf die Schweiz aus. Der Zugang zum gegenseitigen Arbeitsmarkt wurde bisher über das Freizügigkeitsabkommen (FZA) zwischen der Schweiz und der EU geregelt. Das vorliegende Übergangsabkommen tritt in Kraft, sobald das FZA als Gesetzesgrundlage für die Zulassung zum gegenseitigen Arbeitsmarkt wegbriecht. Ohne dieses Übergangsabkommen würden in diesem Fall die ausländerrechtlichen Bestimmungen des Ausländer- und Integrationsgesetzes gelten – sprich: UK-Bürger würden unter die ohnehin schon knappen Drittstaatenkontingente fallen.

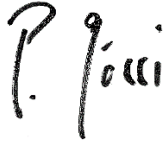
Im Hinblick auf die engen politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und UK bedarf es einer Übergangslösung von der Personenfreizügigkeit hin zu einer neuen Drittstaatenregelung, die den engen Beziehungen beider Länder Rechnung trägt. Das vorliegende Abkommen schafft im Falle eines ungeordneten Austritts weitgehende Rechts- und Planungssicherheit in Bezug auf den Arbeitsmarkt, indem ein Spezialkontingent (3500) für erwerbstätige Personen aus UK geschaffen wird. Die FDP geht davon aus, dass die Höhe dieses Kontingents den Bedürfnissen der Schweizer Wirtschaft entspricht. Sollte sich dieses als zu tief erweisen, ist eine Erhöhung ins Auge zu fassen, um einen reibungslosen Übergang vom FZA sicherzustellen. Die FDP begrüsst, dass die UK-Seite gänzlich auf eine Kontingentierung von Arbeitnehmenden aus der Schweiz verzichtet. Damit werden Schweizerinnen und Schweizer weiterhin barrierefrei im Vereinigten Königreich eine Arbeit antreten können. Dies entspricht den Bedürfnissen einer zunehmend mobilen Gesellschaft.

Der erläuternde Bericht hält explizit fest, dass Studierende vom vorliegenden Abkommen ausgenommen sind. Beide Vertragsparteien zeichnen sich durch exzellente Forschungsstandorte aus. Wie bereits in unserer [Vernehmlassungsantwort](#) zum Handelsabkommen zwischen der Schweiz und UK vom 30.08.2019 dargelegt, fordern wir den Bundesrat auf, auch im Forschungsbereich eine enge Zusammenarbeit ausserhalb der entsprechenden EU-Programme zu initiieren. In diesem soll der Austausch von Studierenden mitberücksichtigt werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Handwritten signature of Petra Gössi in black ink.

Petra Gössi
Nationalrätin

Der Generalsekretär

Handwritten signature of Samuel Lanz in black ink.

Samuel Lanz